



# Die EU-Jugendstrategie

Herausforderung und neue Qualität für die jugendpolitische Zusammenarbeit  
von Eva Feldmann-Wojtachnia

Jugendliche rücken mit der neuen EU-Jugendstrategie stärker ins Blickfeld der EU-Politik. Am 27. November 2009 haben die Jugendminister/-innen der EU einen neuen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa beschlossen. Unter dem Titel „Investitionen und Empowerment“ wurden für die kommenden Jahre (2010 bis 2018) Hauptziele und Prioritäten für jeweils Drei-Jahres-Zyklen festgelegt. Dass es sich in der Tat um eine *neue* Ausrichtung der EU-Jugendpolitik handelt, zeigt sich daran, dass sich die Ratsentschließung konzeptionell auf zwei Hauptachsen stützt: Erstens die wissenschaftliche Fundierung der Jugendpolitik und zweitens auf die Querschnittsverankerung der Partizipationsförderung junger Menschen.

**Die neue „evidenzbasierte Jugendpolitik“ – was heißt das?**

Künftig wird die jugendpolitische Zusammenarbeit durch EU-weite Daten zur Lage Jugendlicher in den Mitgliedstaaten unterstützt. Politische Entscheidungen zur Verbesserung der Lebens- und Ausbildungssituation Jugendlicher in der EU werden fortan alle drei Jahre durch die Vorlage eines „Europäischen Jugendberichts“ vorbereitet. Die Basis für die evidenzbasierten Entscheidungen der Politik sind empirische Untersuchungen der

Jugendforschung und deren fachliche Auswertung und Evaluation. Hierzu werden die Etablierung von Indikatorsystemen zur Datengenerierung und ein vergleichendes Benchmarking zur Datenbewertung als relevant erachtet.

Allerdings handelt es sich bislang gewissermaßen noch um einen „Papiertiger“, der sich zunächst im Praxistest beweisen und sich einer kritischen Prüfung unterziehen muss. Denn der Politikansatz der „Evidenzbasierung“ ist für die Jugendpolitik bisher noch nicht systematisch erschlossen. Die Akzeptanz eines wissenschaftlichen Indikatoren-Set, das sich eignet, jugendliche Lebens- und Arbeitswelten sinnvoll zu erfassen und zu bewerten, verlangt nach einem Diskurs der unterschiedlichsten Akteure der Jugendarbeit und Jugendpolitik.

**Hauptziele: Mehr Chancengleichheit und bessere Teilhabe**

Die Hauptziele der Jugendstrategie sind zum einen das Hinwirken auf mehr Möglichkeiten und bessere Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen sowie auf dem Arbeitsmarkt und zum anderen die Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und

der Solidarität junger Menschen. Bemerkenswert ist diese gleichwertige Doppelzielsetzung. Sie versucht, der Teilhabe junger Menschen in Europa gleichermaßen in Bezug auf ihre Ausbildung und berufliche Integration auf den Arbeitsmarkt sowie im Hinblick auf ihre soziale Eingliederung, die persönliche Entfaltung und ihr gesellschaftliches Engagement gerecht zu werden. Hierzu benennt die EU-Jugendstrategie acht Arbeitsschwerpunkte, in denen seitens der Mitgliedstaaten gezielte Initiativen ergriffen werden sollen:

- Schulische und berufliche Bildung
- Beschäftigung und unternehmerische Einstellung
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Teilhabe
- Freiwilligentätigkeit
- Soziale Eingliederung
- Jugend in der Welt
- Kreativität und Kultur

Durch die EU-Jugendstrategie wird in jedem Fall mehr Verbindlichkeit in den politischen Zielen in allen genannten Bereichen angestrebt und hierzu ein intensiverer Fachaustausch angelegt. Allerdings kommt es darauf an, dass und wie nun der Ansatz an die relevanten Akteure rückgekoppelt wird und dabei die Belange von nicht-organisierten Jugendlichen in den genannten Teilbereichen nicht in den toten Winkel fallen.

**Fazit: Meilenstein, der weiteres politisches Handeln gebietet**

Angesichts der schwierigen Wirtschaftssituation in der EU und einer allgemein zunehmenden Distanz Jugendlicher zur Politik setzt die aktuelle EU-Jugendpolitik neue Schwerpunkte. Sie steht dabei in der Tradition des EU-Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001), des Europäischen Pakts für die Jugend (2005) sowie des Strukturierten Dialogs mit der Jugend (2006) und führt diese Ansätze systematisch zusammen. Begrüßenswert ist die EU-Jugendstrategie als erstmals ganzheitlicher Ansatz, der ressortübergreifend angelegt ist und mehr Verbindlichkeit zur Förderung der Partizipation EU-weit vereinbart. Somit verdient die Ratsentschließung zu Recht den Namen „Jugendstrategie“ und ist als eine deutliche Aufwertung und Stärkung der Jugendpolitik in Europa zu verstehen. Aller-

dings bleibt weitgehend offen, wie die ehrgeizigen Ziele erreicht werden sollen. Konkrete Vorschläge zur Operationalisierung der Strategie fehlen ebenso wie eine genaue Beschreibung der neuen Offenen Methode der Koordinierung der EU-Jugendpolitik.

Auch wäre eine Konkretisierung des Strukturierten Dialogs und dessen Bedeutung bei der Umsetzung der Jugendstrategie wünschenswert gewesen. Hierzu muss die EU-Jugendpolitik auch in die politischen Parteien hinein besser bekannt gemacht werden. Bislang hat jedoch die neue EU-Strategie selbst noch kein Echo bei den Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien hervorgerufen. Die Aufstellung der Jugendpolitik als Querschnittspolitik verlangt auch, dass für die Einführung eines erfolgreichen „Jugend-Mainstreaming“ eine gleichberechtigte Kooperation der einzelnen Politikbereiche grundlegend ist.

Selbst wenn der vorausgegangene erste EU-Jugendbericht vom Juni 2009 Jugendarbeit (noch) vorrangig an ökonomischen Aspekten ausrichtet, sind für die Zukunft grundsätzliche Antworten zu finden, wie mit Jugendlichen umzugehen ist, die keinen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt finden. Der im dreijährigen Rhythmus erscheinende Europäische Jugendbericht sollte außerdem jugendpolitisch besser verzahnt werden, d. h. die Schwerpunkte des Drei-Jahres-Zyklus der Jugendstrategie aufgreifen und sich so thematisch fokussieren. Außerdem sollte der Bericht einen relevanten politischen Status erhalten und in den Parlamenten zur Debatte stehen, damit die Jugendpolitik nicht nur auf europäischer Ebene aufgewertet wird. Denn „Strategie“ bedeutet schließlich, dass zwar der Rahmen und die Ziele der EU-Jugendpolitik gemeinsam von den Mitgliedsstaaten abgestimmt wurden, diese nun jedoch in eigener Regie für die nationale Umsetzung sorgen müssen. Ein frischer politischer Wind, der zum Handeln drängt ...

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig Maximilians Universität München ([www.cap-lmu.de/fgje](http://www.cap-lmu.de/fgje))

[www.jugendpolitikineuropa.de/news-559.html](http://www.jugendpolitikineuropa.de/news-559.html) 1. EU-Jugendbericht (Juni 2009)

<http://tinyurl.com/eurostatjugend> Eurostatstudie zur Jugend in Europa der EU Kommission (2009)

[www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-596.html](http://www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-596.html) Neue EU-Jugendstrategie-Entscheidung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018). Die offizielle deutsche Version gibt es hier: <http://tinyurl.com/Jugendstrategie>